

tendienste der Bundesrepublik würden, so der BGH, auch wenn sie „operative Auslandsaufklärung“ betreiben, „letztlich zu deren Schutz tätig“. Der DDR-Geheimdienst hingegen habe auf die „Gefährdung der äußeren Sicherheit“ der Bundesrepublik gezielt.

Die Karlsruher Bundesanwaltschaft hält weiterhin an dieser Hilfskonstruktion fest. Auch Wolf soll, schon im In-

teresse des Rechtsfriedens, büßen. Es könne nicht angehen, so Stahl, daß beispielsweise „eingeschleuste Personen wie Sonja Lüneburg, nachdem die DDR sie nicht mehr schützen kann, mit empfindlichen Strafen rechnen müssen, während ihre operativen Drahtzieher in Ost-Berlin straffrei bleiben“.

Genau „diesen Vorwurf: Ihr hängt die Kleinen, die Großen laßt ihr laufen“,

möchte sich auch der Bonner Justizminister „nicht anhängen lassen“.

Aber andererseits ist sich auch Kinkel, „was die Rechtsfragen anbelangt“, keineswegs „absolut sicher“, wie er in einem SPIEGEL-Gespräch (Heft 33/1991) gestand: „Da drehen wir ein Riesenrad“, befürchtet er in seiner drastischen Sprache, „und am Ende wird ein Furz geboren.“

„Die Zeit in Moskau ist zu Ende“

Der frühere DDR-Spionagechef Markus Wolf über sein Exil und die Gründe seiner Flucht

SPIEGEL: Herr Wolf, wird es für Sie hier in Moskau langsam ungemütlich?

WOLF: Gemütlich ist es jetzt in Moskau wohl für niemanden.

SPIEGEL: Schon vor dem Putsch rechnete die Zeitung *Moskowskije nowosti* Sie jener Spezies von „Gespenstern“ zu, die, wie auch Erich Honecker, „aus ganz Osteuropa in die Sowjetunion gekommen sind“.

WOLF: Ich fühle mich nicht als Gespenst. Ich kam ganz legal nach Moskau zur Präsentation der russischen Ausgabe meines Buches „Die Troika“. Die Zeit hier suchte ich zu nutzen, um meine Situation zu klären und auch die meiner ehemaligen Mitarbeiter, für die ich mich weiterhin moralisch verantwortlich fühle.

SPIEGEL: Befinden Sie sich da nicht am falschen Ort?

WOLF: Ich hatte Kontakte mit Politikern und namhaften Völkerrechtlern, schrieb neben anderen zwei Briefe an Präsident Michail Gorbatschow. Doch die jüngsten Ereignisse haben diese Möglichkeiten jetzt praktisch erschöpft.

SPIEGEL: Die Bundesregierung hat von Moskau die Auslieferung Erich Honeckers gefordert. Von Ihnen wird erwartet, daß Sie sich stellen. Ist das ein verkapptes Angebot?

WOLF: Ich halte das keineswegs für ein Angebot. Ich glaube nicht, daß meine Lage mit der von Herrn Honecker vergleichbar ist, und fühle mich nicht bedroht.

SPIEGEL: Mit dem gescheiterten Putsch ist aber einer Ihrer wichtigsten Protektoren, der Chef des sowjetischen Geheimdienstes KGB, Wladimir Krjutschkow, von der Bühne verschwunden. Müssen Sie nicht damit rechnen, daß die Crew um den neuen starken Mann Boris Jelzin Sie fallenläßt?

WOLF: Krjutschkow war nicht mein Hauptprotektor. Seit meinem Ausschei-



Wolf (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Die Situation belastet mich natürlich“

den aus dem aktiven Dienst vor vier Jahren waren meine Verbindungen hier mehr politischer Art.

SPIEGEL: Welcher Status ist Ihnen eigentlich zuerkannt worden – der eines Asylanten?

WOLF: Nein. Ich bin hier zu Besuch bei meinen Verwandten und zu Vertragsverhandlungen über die Herausgabe meines neuen Buchs „In eigenem Auftrag“.

SPIEGEL: War es im nachhinein nicht ein Fehler, daß Sie entgegen Ihren Ankündigungen, sich der Justiz zu stellen, vor der deutschen Vereinigung stifteten?

WOLF: Ich habe mir diese Entscheidung weiß Gott nicht leichtgemacht und sie auch in Briefen an Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Generalbundesanwalt Alexander von Stahl erläutert. Es war in der politischen Hektik

* Mit Redakteuren Olaf Ihlau, Uly Foerster in der Moskauer Wohnung von Wolf-Verwandten.

damals ein Spektakulum im Gange, mich gleichsam zum Symbol und Synonym für den Stasi-Staat DDR zu machen. Da legten mir alle meine Freunde und Anwälte nahe, zunächst einmal diese Situation vorüberziehen zu lassen.

SPIEGEL: Gab es denn von westdeutscher Seite Zusagen, die dann zurückgenommen wurden?

WOLF: Ja, das spielte auch eine Rolle. Darüber möchte ich, wenn ich jetzt einen Schritt tue, den ich schon lange erwäge, aus juristischen Gründen aber nicht sprechen.

SPIEGEL: Und zu Berichten, daß Ihnen eine Art Kronzeugenregelung angeboten wurde, wollen Sie wohl auch nicht Stellung nehmen?

WOLF: Das ist ernsthaft nicht an mich herangetragen worden. Wenn ich aber eine Zusage gehabt hätte, daß mit dem Eingehen auf solch ein Angebot wenigstens eine Amnestie für meine Mitarbeiter verbunden wäre, dann wäre ich geblieben.



Deutsch-sowjetisches Geheimdienst-Treffen*: „In Moskau wird vieles ähnlich verlaufen wie in der ehemaligen DDR“

SPIEGEL: Nach Ihrem Abtauchen wollten Sie dann zunächst in Israel aufkreuzen. Warum ausgerechnet dort?

WOLF: Ich hatte auf keinen Fall die Absicht, nach Moskau zu gehen. Aus eben den Gründen, die sich dann bestätigt haben – der Behauptung etwa, ich würde Agenten übergeben, und ähnlicher Nonsens...

SPIEGEL: ... darauf kommen wir noch. Doch was wollte denn der israelische Geheimdienst Mossad von Ihnen – Details zur arabischen Terrorszene?

WOLF: Ich habe keine direkten Beziehungen zu Mossad. Die Neugier dieser Herren hätte ich wohl kaum befriedigen können. Aber die Reise kam ohnehin nicht zustande, weil man in Jerusalem den Zeitpunkt nicht für opportun hielt.

SPIEGEL: Nun sitzen Sie hier im Moskauer Exil, während Ihr Nachfolger Werner Großmann und frühere Mitarbeiter in Deutschland angeklagt werden. Gibt es da Schuldgefühle?

WOLF: Die müßte ich haben, wenn ich meinen ehemaligen Mitarbeitern durch meine Anwesenheit hätte helfen können. Das war freilich unter den gegebenen Umständen nicht möglich. Die Situation belastet mich natürlich. Ich habe großen Respekt vor Herrn Großmann und den anderen. Aber ich glaube, daß ich durch Schritte, die ich hier unternehmen konnte, zur Klärung ihrer Lage und auch meiner eigenen mehr tun konnte.

SPIEGEL: Das Bundesverfassungsgericht muß im Fall Großmann auf Antrag des Berliner Kammergerichts klären, ob solche Prozesse gegen ehemalige DDR-Agenten überhaupt möglich sind. Warum vertrauen Sie nicht auch auf den Rechtsstaat in der Hoffnung, nicht schlechter behandelt zu werden als Großmann?

WOLF: Ich habe vor meinem Weggang letztes Jahr gesagt, daß ich keine Minute zögern würde, ein halbes Jahr in Untersuchungshaft zu gehen – damals sah das noch anders aus. Jetzt aber ist noch nicht abzusehen, wie das Münchner Verfahren gegen Harry Schütt enden wird, der beschuldigt wird, im Bundesnachrichtendienst, dem BND, einen Agenten der Staatssicherheit geführt zu haben. Ohnehin halte ich es nicht für das Allerbeste, daß die Entscheidung, wie mit den früheren Mitarbeitern meiner Hauptverwaltung Aufklärung, der HVA, verfahren wird, von der politischen auf die juristische Ebene verschoben worden ist. Eine Entscheidung, die ehemaligen Mitarbeiter meines Dienstes, die keine Straftaten begangen haben, wie die der eigenen Dienste zu behandeln und strafrechtlich nicht zu verfolgen – das wäre der bessere Weg im Geist von Versöhnung und Ausgleich.

* Anfang der achtziger Jahre in Moskau; mittlere Reihe: KGB-Funktionär Wladimir Krjutschkow; vordere Reihe: Stasi-Chef Erich Mielke, HVA-Chef Markus Wolf.

SPIEGEL: Das Bundesverfassungsgericht muß darüber befinden, ob es gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt, böse Agenten, also solche aus dem Osten, zu belangen und gute Agenten, die aus dem Westen, nicht. Doch Ihre Behauptung, die HVA sei nur ein Nachrichtendienst gewesen, wie ihn jeder Staat der Welt unterhält, wirkt nach immer neuen Enthüllungen über Stasi-Untaten ziemlich fragwürdig.

WOLF: Es gibt keine Enthüllungen über Straftaten der HVA, wohl aber absurde Behauptungen in der Öffentlichkeit, die HVA habe erwiesenermaßen einen Angriffskrieg vorbereitet. Die Wahrheit ist, daß der Hauptauftrag der HVA die Erhaltung des Friedens war oder, nachrichtendienstlich formuliert, die rechtzeitige Aufdeckung gefährlicher Überraschungen für die DDR. Es bleibt meine Überzeugung: Die Tätigkeit der HVA hat dazu beigetragen, daß es in Europa eine so lange Friedensperiode gab.

SPIEGEL: Da sollten Sie uns aber schon ein paar Beispiele für das friedensreiche Wirken der HVA nennen.

WOLF: Die HVA machte als erster östlicher Nachrichtendienst in den siebziger Jahren auf die bevorstehende Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa aufmerksam. Die Information darüber hat Gegenmaßnahmen ausgelöst, die zunächst nicht unmittelbar frie-

densfördernd aussahen, letztlich aber doch zu einer Abrüstung geführt haben. Wenn man die andere Seite mit ihrem Potential, ihrer Planung transparent macht, und die andere Seite das auch weiß, dann ist das ein friedenserhaltendes Element.

Natürlich ist ein Nachrichtendienst kein Auswärtiges Amt. Da werden Mittel und Methoden eingesetzt, die aber auch von Diensten wie dem BND verwendet wurden. Dafür gibt es genügend Beispiele.

SPIEGEL: Daß die Stasi auch zu Mord und Verschleppung griff, ist mittlerweile doch erwiesen. So wurde der Ex-DDR-Bürger Michael Gartenschläger, der vom Grenzzaun Selbstschußautomaten abmontierte und dann der Öffentlichkeit präsentierte, 1976 in der Nähe von Büchen in Schleswig-Holstein von einem Kommando gezielt erschossen, als er erneut ein Todeschußgerät abschrauben wollte. Wer war denn für solche Aufträge verantwortlich?

WOLF: Es gab, das will ich mal ganz generell sagen, in meiner Verantwortung und innerhalb der Hauptverwaltung Aufklärung keinen einzigen Fall, der mit Blut oder mit dem Tod verbunden war. Ich wünschte, daß die Chefs westlicher

Nachrichtendienste dies mit genauso gutem Gewissen sagen können.

SPIEGEL: Kategorisch bestritten haben Sie bisher auch immer, von der Zusammenarbeit zwischen Stasi und der terroristischen Roten Armee Fraktion, der RAF, gewußt zu haben.

WOLF: Dabei bleibe ich, denn davon habe ich in der Tat nicht gewußt.

SPIEGEL: Uns liegt ein Dokument vor, wonach Ihnen am 8. Mai 1979 eine ausführliche Information Ihres Ministeriums darüber zugestellt wurde, daß die Stasi-Hauptabteilung XXII, zuständig für Terrorabwehr, mit führenden Mitgliedern der terroristischen „Bewegung 2. Juni“, darunter die spätere RAF-Täterin und RAF-Aussteigerin Inge Viett, zur „Kontaktaufnahme und Abschöp-

fung“ auf dem Boden der DDR gesprochen hat.

WOLF: Dieses Papier aus dem Frühjahr 1979 hat der Hamburger Verfassungsschutzchef Christian Lochte in den Prozeß eingeführt, den ich seit Monaten vor dem Hamburger Landgericht gegen ihn führe. Er leitete aus dieser Information die unzutreffende Behauptung ab, ich sei Anfang der achtziger Jahre in die Aktion zur Aufnahme von RAF-Aussteigern eingebunden gewesen. Ich stehe zwar auf dieser „Information“ neben



Stasi-General Wolf, DDR-Chef Honecker (1980)*
„Sicher hatte ich Privilegien“

anderen Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit als Empfänger im Verteiler. Das heißt noch lange nicht, daß das Papier auf meinem Tisch gewesen ist und ich alle folgenden Informationen zu diesem Bereich erhalten habe.

SPIEGEL: Da steht als Adressat neben anderen „Wolf (HVA)“, und der Vermerk ist auch abgehakt.

WOLF: Von wem? Wie auch immer: In dem Papier ist vor allem von Palästinensern und davon die Rede, daß die

* Mit Stasi-General Rudi Mittig.

Staatssicherheit 1979 über deren Aktivitäten beunruhigt war, die Terroristen möglichst loswerden wollte. Tatsächlich sind sie auch binnen kurzer Zeit aus der DDR gebracht worden.

SPIEGEL: Das ist eine Unterrichtung über den Aufenthalt des international gesuchten Terroristen „Carlos“ in der DDR und des Palästinensers Abu Daud, der für das Massaker im israelischen Dorf auf der Olympiade 1972 in München verantwortlich gemacht wird.

WOLF: Ich habe dem Dokument nachträglich nur entnommen, daß das Ministerium für Staatssicherheit bemüht war, über alles informiert zu sein, was mit dem internationalen Terrorismus zu tun hatte. Und daß es darum ging, die Aktionen dieser gefährlichen Gruppen von der DDR fernzuhalten.

SPIEGEL: Es gab entgegen Ihren Äußerungen, so sagte es jedenfalls der frühere Referatsleiter Eberhard Kind aus der Hauptabteilung XXII aus, sogar einen Verbindungsmann namens Orzschig, der Ihre HVA über den Vorgang „Stern II“, die Einbürgerung der RAF-Aussteiger, informiert hat.

WOLF: Ich glaube das nicht, das hätte ich wissen müssen. Auch mein Nachfolger Großmann hat so etwas ausgeschlossen.

SPIEGEL: Der Zeuge Kind nennt präzise die Aufgabe des Verbindungsmannes Orzschig: Er hatte „dafür Sorge zu tragen, daß die Speicherung der neuen Identitäten der Aussteiger und der dazugehörigen Personenkennziffern bei der HVA erfolgte“.

WOLF: Erstens sagt mir der Name Orzschig absolut nichts. Und zweitens sage ich noch einmal definitiv: Unter meiner Leitung hat es keine derartigen Verbindungen und kein derartiges Wissen gegeben.

SPIEGEL: Die HVA, von Ihnen häufig als nahezu autonomer Bereich innerhalb der Stasi charakterisiert, war Teil der inneren Repression in der DDR. Entsprechende Richtlinien und Erlasse verpflichteten Ihre Agenten, auch im Inland beispielsweise über Bürger mit Westkontakten oder über angeblich feindgesteuerte „politische Untergrundtätigkeit“ Material zu sammeln.

WOLF: Natürlich waren die HVA und ihre Mitarbeiter gehalten, im Sinne der damals geltenden Sicherheitsdoktrin alle Möglichkeiten zu nutzen. Aber deswegen läßt sich nicht einfach sagen, die HVA sei Teil des Instrumentariums gewesen, das nun als Unterdrückungsapparat bezeichnet werden muß.

SPIEGEL: Bürger, die Objekt solcher Maßnahmen waren, werden das anders sehen.

WOLF: Dann muß man das im Einzelfall prüfen. Das Ganze – das darf doch

heute nicht vergessen werden – war eingebettet in den Kalten Krieg. Wenn der Bundesnachrichtendienst etwa im Sinne der damaligen Sicherheitsdoktrin im Inneren tätig geworden ist ...

SPIEGEL: ... der Unterschied ist nur, daß dem BND jegliche Inlandstätigkeit untersagt ist ...

WOLF: ... dann kann man doch nicht nachträglich abwägen, was da schlimmer war. Informationen über die von Ihnen als unerlaubt bezeichneten Inlandsaktivitäten kann man sogar im SPIEGEL nachlesen.

SPIEGEL: Das sind die Segnungen der Pressefreiheit. Herr Wolf, der Bundesgerichtshof hat Ihnen sechs Tage lang „sicheres Geleit“ zugesichert, damit Sie am 10. Oktober in München als Zeuge der Verteidigung für Ihren einstigen General Harry Schütt aussagen. Wie können Sie Ihrem ehemaligen Untergebenen helfen?

WOLF: Durch die grundsätzliche Klärung der Rechtssituation für die ehemaligen Mitarbeiter des Nachrichtendienstes. Ich halte das Verfahren gegen Herrn Schütt für rechtswidrig und meine, daß das Bundesverfassungsgericht erst über die Rechtmäßigkeit solcher Prozesse entscheiden mußte. Näheres kann ich zu diesem schwebenden Verfahren, dafür bitte ich um Verständnis, jetzt nicht sagen. Ich habe ja noch nicht einmal eine amtliche Ladung bekommen.

SPIEGEL: Vertrauen Sie auf das freie Geleit?

WOLF: Ich glaube nach Konsultationen mit meinen Verteidigern, daß ich Warnungen guter Freunde nicht unbedingt beachten muß, hier werde mir eine Falle gestellt.

SPIEGEL: Politikern in Bonn und Berlin ist der Gedanke unbehaglich, Sie könnten Ihren Auftritt für eine große Medienshow nutzen.

WOLF: Das ist auf keinen Fall meine Absicht.

SPIEGEL: Sie haben in den vergangenen Monaten viele Briefe geschrieben: an Gorbatschow, Weizsäcker, Willy Brandt und den Generalbundesanwalt. Wie fielen die Antworten aus?

WOLF: Vom Herrn Generalbundesanwalt habe ich keine Antwort erhalten. Herr Brandt jedenfalls ließ seine Überzeugung erkennen, daß mir außer dem bisherigen Vorhalt der geheimdienstlichen Tätigkeit nichts vorzuwerfen sei und daß es daher nicht unbedingt Sache der Justiz sein müsse, darüber zu befinden.

SPIEGEL: Gerade zwischen Ihnen und Brandt gibt es bizarre Verknüpfungen: Zuerst hielt ihn die Stasi, durch Bestechung des CDU-Bundestagsabgeordneten Julius Steiner beim Mißtrauensvo-

tum 1972, im Kanzleramt. Zwei Jahre später war die Enttarnung Ihres Topspions Günter Guillaume der Auslöser für Brandts Sturz – eine Panne, wie Sie mehrmals versichert haben.

WOLF: Ja. Und wenn ich die Vorgänge um Steiners Stimmabgabe rekapituliere, bin ich heute gar nicht mehr so sicher, daß die Stasi sich als einzige um ihn bemüht hat. Vielleicht hat Steiner sogar doppelt abkassiert.

SPIEGEL: Die Offiziere Herbert Brehmer und Günter Bohnsack aus Ihrer Abteilung X, Spezialisten für Desinformation, berichteten im SPIEGEL, auch der Ex-FDP-Vorsitzende Erich Mende sollte damals auf Ihr Betreiben zur Stimmabgabe für Brandt gepreßt werden.



Steiner



Barschel



Lummer

Westdeutsche Stasi-Zielpersonen: „Akten unter dem Decknamen „Elch“

WOLF: Da es der SPIEGEL ist, der danach fragt, möchte ich darauf antworten, sonst würde ich mich nicht äußern. Schließlich haben die beiden Herren, die übrigens wohl nie mein Amtszimmer von innen gesehen haben, im SPIEGEL breiten Raum für ihre Darstellungen erhalten.

SPIEGEL: Das war doch auch eine spannende Geschichte.

WOLF: Am Beispiel Mende läßt sich zeigen, welches Unheil man anrichten kann, wenn man fahrlässig mit Karteikarten und Akten operiert. Über Erich Mende existierte in der HVA eine dicke Akte. Darin waren Informationen und Berichte aus vertraulichen Gesprächen enthalten, die mit Mende geführt wurden. Das waren nicht nur Gespräche mit Mendes Ost-Berliner Bekannten Gomolla, den er selbst genannt hat und den wir unter dem Decknamen „Otter“ führten. Mende hat vielmehr, wie viele

andere Politiker, oft die Bereitschaft gezeigt, mehr oder weniger offen über interne Dinge zu sprechen. Er hat aber nicht gewußt, daß er in irgendeiner Weise mit dem Nachrichtendienst der DDR zu tun hat. Was er sich gedacht hat und was er ahnte, das bleibt sein Geheimnis.

Auf jeden Fall waren diese Berichte so interessant, daß sie einen außergewöhnlichen Umfang annahmen, aus den anderen Informationsakten herausgelöst wurden und mit dem Decknamen „Elch“ und einer Karteikarte versehen wurden. Wenn jetzt die Akten oder die Karteikarte aufgefunden würden, dann würde das fälschlich als Beweis gewertet, Mende sei Agent der HVA gewesen. Das war er nicht. Und für die Vermutung, Mende sei beim Mißtrauensvotum 1972 die zweite Stimme gewesen, gibt es keinerlei Beleg.

SPIEGEL: Hatte die HVA, wie nun behauptet wird, auch bei der Bespitzelung



Mende

des damaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel Anfang der achtziger Jahre die Hand im Spiel?

WOLF: Nein. Sicher ist Barschel, wie andere Politiker auch, bei seinen Reisen in die DDR ziemlich dicht von den zuständigen Abwehrlinien überwacht worden. Doch das hatte mit der späteren Barschel-Affäre und seinem Tod in Genf 1987 nichts zu tun. Darauf gibt es nicht den leisesten Hinweis.

SPIEGEL: Sie selbst, so berichteten Ihre einstigen Untergebenen aus der Abteilung Desinformation, sollen die Erpressung des früheren christdemokratischen Innensenators von Berlin, Heinrich Lummer, ins Werk gesetzt haben. Lummer wurde mit pikanten Fotos von Treffen mit einer Stasi-Agentin unter Druck gesetzt.

WOLF: Zur Sache Lummer möchte ich mich nicht weiter äußern. Was dazu zu sagen war, ist alles schon veröffentlicht. Aber wenn ein Mann, der am liebsten täglich zum Frühstück öffentlich einen Kommunisten verzehren würde, jahrelang mit Duldung des Sicherheitsorgans seine privaten und intimen Dinge auf eine Weise erledigt, wie sie von einem Politiker nicht zu erwarten ist, dann darf er sich nicht beschweren, wenn eines Tages etwas zum Vorschein kommt.

SPIEGEL: Zwei der bedeutendsten Politaffären in der Bundesrepublik, die Abhörskandale Kohl-Biedenkopf und Strauß-Scharnagl, wurden von Ihrem Dienst inszeniert. Gab es noch mehr solcher Aktionen im absurden Krieg der Maulwürfe?

WOLF: Ihr Wort vom absurden Krieg ist da schon angebracht. Ich habe solche Dinge im Grunde genommen immer für Spielereien gehalten. Aber die Politiker hätten wissen müssen, daß sie vertrauliche Gespräche nicht über Autotelefon führen durften.

SPIEGEL: Trifft es zu, daß Sie auch noch 1986, nach Ihrem vorzeitigen Ausschei-

den aus der HVA, Arbeitsräume im Dienstkomplex der Stasi, entsprechende Ausweise und Zugang zum Stasi-Archiv hatten?

WOLF: Es stimmt, daß es eine schriftliche Vereinbarung mit Mielke gab, mit der mein Ausscheiden aus dem Dienst geregelt wurde. Das heißt aber nicht, daß ich deshalb weiter heimlich im Dienst der Staatssicherheit stand. Mielke hatte seine Gründe, mich als Geheimnisträger weiter in das Ministerium einzubinden, ich ganz andere. Sicherlich hatte ich einige Privilegien. Aber ich möchte den Mann in meiner Position sehen, der es nach 30 Jahren Staatsdienst ablehnt, wenn ihm bei Bedarf Büroräume oder ein Fahrer zur Verfügung gestellt werden. Mir ging es vor allem darum, für die Arbeit an geplanten Büchern den Zugang zu historischem Wissen zu sichern. Nichts anderes steckte hinter diesem Büro.

SPIEGEL: Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat jetzt erneut behauptet, 400 ehemalige Stasi-Agenten säßen noch immer in den „sensiblen Bereichen“ von Behörden und Regierungsstellen der Bundesrepublik. Ist das eine realistische Zahl?

WOLF: Ich weiß nicht, wo diese Zahlen immer herkommen. Unerkannte inoffizielle Mitarbeiter der HVA mag es geben. Aber ich bin sicher, daß kein einziger Agent seine aktive Tätigkeit in irgendeiner Weise noch fortsetzt.

SPIEGEL: Das fällt uns schwer zu glauben. Warum nicht für einen anderen Arbeitgeber?

WOLF: Das wären Selbstmörder. Es gibt keinen einzigen Agenten, von dem in der HVA nur einer oder zwei, drei gewußt hätten. In jedem Fall war es mindestens die doppelte Anzahl. Jeder Agent muß also damit rechnen, daß unter den 10 oder 15, die in irgendeiner Weise über seine Tätigkeit informiert waren, mindestens einer ist, der mit seinem Wissen heute versucht, seine eigene Lage zu verbessern.

SPIEGEL: Das passiert ja nun immer häufiger.

WOLF: Menschen preiszugeben, die man selbst zu dieser Tätigkeit angehalten hat, dafür gibt es nur ein Wort: Verrat. Ich weiß nicht, wie diese Leute sich fühlen, wenn sie morgens in den Spiegel schauen.

SPIEGEL: Westliche Geheimdienstexperten wollen wissen, Sie selbst hätten 40 Spione aus Ihrem früheren Dienst dem sowjetischen KGB überstellt.

WOLF: Daran ist kein Wort wahr. Und ich bin ja auch kein Selbstmörder, ich will in Deutschland leben.

SPIEGEL: Wie steht es denn um Ihre heutigen Beziehungen zum KGB – sind das bloß noch Rentnertreffs?

WOLF: Mit nachrichtendienstlichen Dingen habe ich seit meinem Hiersein nichts zu tun. Rentner, das stimmt. Gewiß treffe ich mich mit Bekannten, und wir reden natürlich über die Lage.

SPIEGEL: Felix Dserschinski, der Gründer des sowjetischen Geheimdienstes, ist vor der Moskauer KGB-Zentrale, der Lubjanka, vom Sockel geholt worden: Droht dem KGB ein ähnliches Schicksal wie der Stasi mit dem Sturm auf das Ost-Berliner Hauptquartier in der Normannenstraße im Januar 1990?

WOLF: Sie werden verstehen, daß ich mich in meiner Situation über die Entwicklungen hier nicht tiefergehend äußern möchte. Daß indes vieles hier ähnlich wie in der ehemaligen DDR verlaufen könnte, habe ich schon seit längerem befürchtet. Allerdings hätte ich in



Stasi-Spion Guillaume, Stasi-Opfer Brandt
„Ein absurder Krieg“

meinen schlimmsten Träumen mir nicht vorstellen können, daß ausgerechnet einer meiner früheren Kollegen, der General Krjutschkow, hier den Kräften, die auch vom Wort Sozialismus nicht eine Spur übriglassen wollen, mit dem Putsch das beste Geschenk liefern würde.

SPIEGEL: Herr Wolf, warum nehmen Sie nicht einfach Ihren gepackten Koffer und fliegen mit uns nach Deutschland zurück?

WOLF: Die Zeit hier in Moskau ist zu Ende. Ich werde im Vertrauen auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mit meinen Anwälten die richtigen Schritte in die Wege leiten.

SPIEGEL: Herr Wolf, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

CDU

Wie in der alten DDR

Mit seinem Beinahe-Rücktritt brachte Lothar de Maizière die CDU in Verlegenheit. Sein Vorwurf: Die Bonner Führung habe sich am Vermögen der Ost-Partei bereichert.

Im Vorstandszimmer des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses wurde es still. Dieser Vorwurf gegen die Parteiführung war neu: Sie wurde des Raubes bezichtigt.

Der stellvertretende Parteichef und Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Brandenburg, Lothar de Maizière, nannte in einer „persönlichen Erklärung“ den wahren Grund, warum er seine Parteiämter niederlegen wollte: Die Bundespartei habe sich an der früheren Ost-CDU „um 26 Millionen Mark bereichert“.

Dieser Betrag, trug de Maizière mit leiser Stimme vor, sei der ehemaligen Blockpartei als rechtmäßig erworbenes Barvermögen zugesprochen worden. Bei der Vereinigung der beiden C-Parteien sei das Geld jedoch in den Kassen der Bonner Zentrale verschwunden.

Die Führung, gemeint waren der Vorsitzende Helmut Kohl und sein Generalsekretär Volker Rühe, habe sich nicht an die Abrede gehalten, die Millionen an die Ost-CDU zurückzugeben.

Und deshalb, so klagte der Ossi die notorisch klammen Brüder im Westen an, habe er mit seinem Brandenburger Landesverband auch keinen Erfolg. Denn es fehle an „den grundlegenden materiellen Voraussetzungen“ für eine ordentliche Parteiarbeit.



CDU-Kontrahenten de Maizière, Rühe
„Ich möchte nicht mehr“

De Maizière: „Für mich ist die Schmerzgrenze überschritten – ich möchte nicht mehr.“ Das klare Wort, er trete zurück, mied der gewiefte Jurist.

Kohl reagierte – wie von de Maizière gewünscht.

Wenn de Maizière seinen Rücktritt damit öffentlich begründe, fuhr Kohl den letzten DDR-Ministerpräsidenten an, werde er ihn zum Widerruf zwingen. De Maizière solle sich besser alles noch einmal durch den Kopf gehen lassen und nicht zurücktreten.

In der Sache verteidigte sich Kohl nur matt: Seines Wissens seien die Millionen an die neuen Landesverbände zurückgeflossen. Aber ganz sicher war sich der Parteichef nicht. Er werde, lenkte Kohl ein, einen schriftlichen Bericht der Bundesgeschäftsstelle über die Vorgänge anfordern.

Dann erteilte er dem Ostdeutschen Nachhilfe in Sachen Solidarität. Daß ihm schon eine dpa-Meldung mit der Rücktrittsankündigung hereingereicht worden sei, während der betreffende Kollege noch geredet habe, sei ihm in seinen 18 Jahren als Vorsitzender noch nicht passiert. „Gerade“ de Maizière habe keinerlei Grund, über mangelnde Rückendeckung zu klagen – eine überdeutliche Anspielung auf die Stasi-Komplizenschaft des heutigen CDU-Vize.

De Maizière aber erreichte, was er bezweckt hatte.

Die Versuche der Bonner Zentrale und ihres Generalsekretärs, sich in die Angelegenheiten der ehemaligen Blockpartei einzumischen, waren erst einmal abgewehrt worden. Von der Rücktrittsdrohung und ihrer Begründung aufgeschreckt, verständigten sich die CDU-Oberen eilfertig darauf, daß es nicht Sache der Bundespartei sei, in die Debatte der Ost-Verbände einzugreifen.

Ein erstaunlicher Sieg der Blockflöten auf ganzer Linie. Verlierer aber ist die CDU.

Zwar dürfen die Reformkräfte in den neuen Landesverbänden auf Bonner Unterstützung hoffen und demnächst soll nun sogar ein Forum für die Vergangenheitsbewältigung der Ost-CDU

eingerrichtet werden – aber klar ist auch: Das bringt nicht viel.

An den entscheidenden Stellen drüben sitzen nach wie vor allzu viele aus der alten Garde. Die Partei kann dem Wahlvolk ihren tiefgreifenden Wandel wenig glaubhaft machen.

So leicht, wie Rühe geglaubt hat, ist die CDU-Ost nicht zu reformieren. Und de Maizière ließ sich folglich nicht lange bitten, seinen Rücktritt wieder rückgängig zu machen.

Kohl und Rühe war ein schwerer Fehler unterlaufen. Sie hatten den schwächlichen de Maizière, der sich ja schon oft genug aus der Politik zurückziehen wollte, falsch eingeschätzt. Als Sündenbock für die Misere der Ost-CDU mag der Anwalt nicht herhalten. Deshalb verlegte er sich plötzlich aufs Kämpfen und trat als Sprecher der Ossi gegen die machtbewußten Wessis auf.

De Maizière verwahrte sich gegen Bestrebungen, „Personen, die nicht ins Konzept passen, an die Seite zu drängen“. Daß Rühe seinen Vorstoß im Alleingang unternommen hatte, erleichterte das Ablenkungsmanöver.

In 40 Jahren bundesdeutscher CDU-Geschichte sei ihm kein Fall bekannt, so de Maizière, bei dem „ein Generalsekretär es gewagt hätte, in einem Atemzug die Vorsitzenden von vier Landesverbänden derartig abzuqualifizieren“. Parteifreunde wie Rühe, so der Brandenburger Parteivorsitzende,